

19. Siehe Grossmann, "Ehrenschild" (wie Anm. 1), S. 173.
20. Zitiert nach dem Sendemanuskript der Redaktion "Kontraste" des SFB für den Beitrag "Entschädigung für NS-Opfer - zu wenig und zu spät?" vom 19.7.1988, S. 2f.
21. Vgl. hierzu die Hinweise bei Anm. 6 und - auch zu den nachfolgend beschriebenen Einzelfällen - die Broschüre "Von der NSDAP zur CDU - Politische Karrieren in Schleswig-Holstein", hrsg. von der Liste für Demokratie und Umweltschutz, Jungdemokraten Schleswig-Holstein, Jungsozialisten Schleswig-Holstein, Handewitt 1979, insb. S. 23-25.

#### Nachbemerkung:

Kurz nach Fertigstellung des vorstehenden Beitrags ist eine umfassendere und kritische Darstellung zur "Wiedergutmachung" erschienen, die der Berliner Arzt Christian Pross auf Grund breiter Quellenstudien verfaßt hat. Pross behandelt ebenfalls die Geschichte der "Wiedergutmachung", wendet sich dann der Beurteilung der besonders relevanten "Schäden an Körper und Gesundheit" zu, und analysiert ausführlich das Verhalten medizinischer Gutachter gegenüber NS-Opfern. Die Studie von Christian Pross kommt in vielen Teilbereichen zu ähnlichen Ergebnissen wie der vorstehende Beitrag; sie führt jedoch auf Grund der Auswertung umfangreicherer Quellenbestände, einer differenzierten sowie empirisch angelegten Darstellungsweise und der Einbeziehung medizinisch-psychiatrischer Fragestellungen noch weit darüber hinaus. An Hand zahlreicher biographischer Einschübe macht Christian Pross überdies deutlich, wie viele NS-Täter auch nach 1945 in ihren Funktionen als Politiker, Juristen und Mediziner einen "Kleinkrieg gegen die Opfer" führten. Dabei zeichnet sich die Studie durch einen ebenso leicht verständlichen wie treffenden Sprachgebrauch aus. Die spannende und überaus aufschlußreiche Lektüre sei allen an der "Wiedergutmachungs"-Thematik Interessierten empfohlen: Christian Pross, "Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer", hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main: Athenäum 1988, 384 S., 39,80 DM.

Der vorstehend wiedergegebene Beitrag ist zuerst erschienen in: "Zehn Brüder waren wir gewesen ... . Spuren jüdischen Lebens in Neukölln", hrsg. von Dorothea Kolland für die Gesellschaft für ein jüdisches Museum in Berlin e.V. und das Bezirksamt Neukölln von Berlin, Berlin: Edition Hentrich 1988, 515 S. mit zahlreichen Abbildungen, 36,80DM.

Klaus Bästlein

## II. Berichte

### II. 1. 5 Jahre AKENS - eine Bilanz

### Vorbemerkung:

Das Jahr 1983 hatte ein markantes Datum aufzuweisen: den 30. Januar - und damit den 50. Jahrestag der nationalsozialistischen "Machtergreifung". Wie in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, so stellte sich gerade in Schleswig-Holstein als einstigem "Kernland" der NS-Bewegung die Frage, wie mit diesem Datum umzugehen sei. Zwar fanden um den 30.1.1983 diverse Diskussions-, Gedenk- und auch Informationsveranstaltungen statt. Aber für diejenigen, die sich der Erforschung der NS-Zeit in Schleswig-Holstein wissenschaftlich widmen, wurde all dies von einem faden Beigeschmack übertüncht, der u.a. durch eine nicht zustande gekommene Ausstellung "Schleswig-Holstein in der NS-Zeit" entstanden war:

Der Kieler Geschichtsprofessor Peter Wulf hatte sich an die Landesregierung gewandt mit dem Vorschlag, den 30. Januar 1983 zum Anlaß zu nehmen, in Form einer Ausstellung endlich auch einmal von offizieller Seite aus über das zu informieren, was sich während der NS-Zeit in Schleswig-Holstein abgespielt hatte. Wulfs Vorschläge stießen allerdings in der Staatskanzlei auf taube Ohren. An die Realisierung einer solchen Ausstellung (Kostenpunkt ca. 500.000 DM) könne absolut nicht gedacht werden - "wegen der gespannten Haushaltslage". Andererseits konnte man es sich von Regierungsseite aus schwerlich erlauben, sich angesichts des markanten Datums 30.1.1983 dem Vorwurf auszusetzen, die Regierung des nördlichsten Bundeslandes würde rein gar nichts zur regionalen und lokalen Erforschung der NS-Zeit beitragen. Aus diesem Grunde wurde der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte die Summe von 15.000 DM bewilligt, zweckgebunden zur Finanzierung von Forschungsvorhaben zum Thema NS-Zeit in Schleswig-Holstein (Dieser Betrag konnte bis heute von der Gesellschaft als ein jährlicher Zuschuß "gerettet" werden). Ein weiteres "Trostpflaster" war die Finanzierung eines Sammelbandes (Erich Hoffmann/Peter Wulf [Hrsg.]: "Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983), dessen Gehalt allerdings durch einen Beitrag "Zur allgemeinen Frage des Rechts" auf den Seiten 443-451 die "richtige" Stoßrichtung bekommen sollte. In diesem Beitrag gab kein Geringerer als Dr. Dr. Uwe Barschel (+ 1987) seine Meinung zu "Legalität und Legitimität" bekannt.

Diese beiden Ereignisse (Ablehnung der Ausstellung und Barschel-Nachwort) bildeten nur das auslösende Moment (Hauptgrund war der katastrophale Forschungsstand zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein), daß sich im Juni 1983 32 Forscher in den Räumen des Historischen Seminars der Kieler Universität trafen und einen "Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein" (AKENS) gründeten. Per Akklamtion wurden Detlef Korte (Kiel) zum Sprecher/Sekretär und Rechtsanwalt Volker Lassen (Kiel) zum Finanzreferenten gewählt.

Der AKENS versteht sich als ein lockerer Zusammenschluß von Historikern, Laienforschern und zeitgeschichtlich Interessierten. Jeder, der die NS-Zeit in Schleswig-Holstein, ihre Vorgeschichte und ihre Auswirkungen auf die Nachkriegszeit erforscht oder daran interessiert ist, ist im AKENS herzlich willkommen. Er ist kein eingetragener Verein und besitzt kein Statut. Sein Zweck ist es, die Erforschung der NS-Zeit in Schleswig-Holstein zu intensivieren, auf lokale Projekte aufmerksam zu machen und Forschern ein gleichberechtigtes Forum zu bieten, Arbeitsergebnisse zu präsentieren, zu diskutieren und Erfahrungen austauschen zu können.

Gewährleistet wird dieses durch regelmäßige Arbeitstreffen, Rundbriefe und eine eigene Zeitschrift, das "INFO" (s.u.).

### Mitgliederentwicklung:

Im Verlaufe seines fünfjährigen Bestehens konnte der AKENS seine Mitgliederzahl fast verdreifachen. Er verfügt derzeit (Stand: Januar 1989) über 90 Mitglieder. Gemäß seines Arbeitsthemas sind die meisten Mitglieder naturgemäß in Schleswig-Holstein (62) und Hamburg (19) wohnhaft. Darüber hinaus sind die Bundesländer Bayern, Bremen, Hessen und Niedersachsen mit je einem Mitglied vertreten, ebenso wie Berlin (West). Ausländische Mitglieder hat der AKENS in Dänemark (2), Großbritannien und Kanada (je 1).

### Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen:

Von Anfang an wurde vom AKENS eine enge Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte angestrebt: Auf der Mitgliederversammlung der Gesellschaft am 12.5.1984 wurde beantragt, die Gesellschaft möge den AKENS - ähnlich wie den Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte - jährlich mit einer Summe von 1.000.- DM institutionell unterstützen. Dieser Antrag fand leider keine Mehrheit (s. Abb.).

## Konkurrenz in den eigenen Reihen abgeschmettert

### Junge Nazi-Forscher brachten alten Vorstand in Verlegenheit

**KN: gx Kiel**  
Auch in der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte wird nun gelegentlich der Aufstand gepöbelt: Eine Reihe von jüngeren Mitgliedern, die sich zu einem „Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus“ zusammengeschlossen haben, brachten den Vorstand um Dr. Reinhold Borzikowski mit einem Zuschuß-Antrag in Verlegenheit. Die Erforschung des Nationalsozialismus nämlich be-

Anzeige



trachtet die Gesellschaft als ihre ureigene Domäne.

Gerade darum möchte sie aber auch nicht die Konkurrenz am eigenen Busen nähren. Vorsitzender Borzikowski brachte darum namens des Vorstandes einen Entschließungsantrag ein, der in der Substanz festlegt, daß

Arbeiten aus dem Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus nur von Fall zu Fall und soweit sie wissenschaftliche Arbeiten sind, gefördert werden sollen.

Dieser Antrag wurde schließlich auch mit Mehrheit angenommen, aber die Frondeure verbuchten immerhin als Erfolg, daß als Erklärung für die Ablehnung einer pauschalen Förderung des Arbeitskreises eine plötzliche Erleuchtung des Kultusministeriums erhalten mußte. Dort nämlich stellte man fest, daß die Gesellschaft selbst vom Ministerium gefördert werde und daß diese Förderungsmittel nicht pauschal weitergegeben werden dürften. Der Einwand, daß die Gesellschaft bisher den Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit jährlich 4000 DM gefördert habe und über beträchtliche Einkünfte aus den Beiträgen ihrer knapp 2000 Mitglieder frei verfügen könne, fruchtete nicht.

Schon vor dieser Debatte hatten die jungen Mitglieder signalisiert, daß sie mit der Arbeit des Vorstandes nicht so ganz zufrieden sind: Ging die Wahl von Dr. Rendtorff bei sechs Enthaltungen noch einstimmig ab, so gab es bei der Wahl von Prof. Dr. Erich Hoffmann zum Nachfolger von Prof. Dr. Christian Degen - seit 1979 stellv. Vorsitzender - bereits eine Gegenstimme und sieben Enthaltungen. Gegen Borzikowis Entschließungsantrag sammelten sich dann immerhin 19 Gegenstimmen.

In weiteren Gesprächen zwischen dem Vorstand der Gesellschaft und dem AKENS-Sekretär konnte die Zusage der Gesellschaft erwirkt werden, den AKENS zwar nicht institutioneill zu unterstützen, jedoch Einzelprojekte finanziell zu fördern. Diese Zusage wurde vom Vorstand auch erfüllt - so z. B. bei der von Margot Knäuper und Detlef Korte erstellten Bibliographie zum Nationalsozialismus in Schleswig-Hilstein. Für eine weitere Zusammenarbeit ist der AKENS stets offen, er hat auch weiterhin keinerlei Berührungsängste gegenüber der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.

Sehr positiv entwickelte sich die Zusammenarbeit mit dem 1985 gegründeten "Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein".

#### Das "INFO":

Kernstück der Arbeit des AKENS ist die Zeitschrift "INFO". Es konnte im Laufe der letzten fünf Jahre konituierlich verbessert werden, nicht nur was Inhalt und Umfang, sondern auch was die äußere Gestaltung betrifft.

Das INFO (drei Hefte pro Jahr) , das an Mitglieder des AKENS gratis verschickt wird, wird Archiven, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen und sonstigen Multiplikatoren auf Wunsch ebenfalls kostenlos zugeschickt. Bisher machen von diesem Angebot folgende schleswig-holsteinische Bibliotheken Gebrauch:

- Evangelische Akademie Nordelbien (Bad Segeberg)
- Landesarchiv Schleswig-Holstein (Schleswig)
- Landesinstitut für Praxis und Theorie der Schule (Kronshagen)
- Norddeutscher Rundfunk (Kiel)
- Pädagogische Hochschule Flensburg
- Seminar für Volkskunde der Universität Kiel
- Stadtarchiv Flensburg
- Stadtarchiv Kiel
- Stadtarchiv Lübeck

Außerhalb Schleswig-Holsteins wird das INFO verschickt an:

- Aktion Sühnezeichen (Berlin/West)
- Alte Synagoge (Essen)
- Bundesarchiv/Militärarchiv (Freiburg)
- Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)
- Deutsch-Jüdische Gesellschaft Hamburg
- Dokumentenhaus Neuengamme
- Dokumentationszentrum Emslandlager (Papenburg)
- Institut für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin
- Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus (Hamburg)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn)
- Galerie Morgenland - Geschichtswerkstatt (Hamburg)
- Gedenkstätte Breitenau
- Gedenkstätte Dachau
- Germania Judaica (Köln)
- Hamburger Arbeitsstelle für Exilliteratur
- Institut für Zeitgeschichte (München)
- Kreismuseum Wewelsburg
- Landesjugendring Schleswig-Holstein (Kiel)
- Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Han-

- nover)
- Sachsenhausen-Komitee für die BRD (Dortmund)
- Staatsarchiv Hamburg
- Stadtteilarchiv Ottensen (Hamburg)

Ebenfalls gratis verschickt wird das INFO an alle Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der Deutschen Demokratischen Republik (Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen), das Institut für Marxismus-Leninismus/Zentrales Parteiarchiv (Berlin/DDR) sowie an einige Forscher in der DDR. Darüber hinaus zählen die Gedenkstätten Auschwitz und Stutthof in Polen ebenso zu den regelmäßigen Beziehern wie ein Komitee ehemaliger NS-Verfolgter in Ungarn.

Im Tausch erhält der AKENS für das INFO folgende Zeitschriften:

- Grenzfriedenshefte
- Nordfriesland
- Mitteilungen der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte
- Vaterstädtische Blätter (Lübeck)

Selbstkritisch sei in diesem Zusammenhang jedoch angemerkt, daß bislang die Zahl der Autoren sehr gering ist. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich mehr Mitglieder an der inhaltlichen Gestaltung dieser Zeitschrift beteiligen würden. Das AKENS-INFO ist längst kein internes Mitteilungsblättchen mehr. Es wird - wie oben dargelegt - nicht nur in Schleswig-Holstein mit Interesse und Gewinn gelesen.

#### Andere Aktivitäten:

Neben regelmäßigen Arbeitstreffen (zwei bis drei pro Jahr) führte der AKENS während seines Bestehens mehrere Exkursionen durch, so z. B. zu Ausstellungen nach Schleswig und zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Die eindrucksvollste Veranstaltung dieser Art war eine Exkursion in die DDR (April 1985), bei deren Verlauf u. a. die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten besucht und fachkundige Gespräche mit den dortigen Mitarbeitern geführt werden konnten. Es herrscht Einigkeit, eine solche Exkursion in absehbarer Zeit zu wiederholen. Darüber hinaus ist längerfristig eine Reise in den Norden der Volksrepublik Polen mit dem Schwerpunkt Gedenkstätte Stutthof geplant.

Von der Notwendigkeit der Existenz des AKENS zeugen auch die aus dem In- und Ausland an den Sekretär gerichteten Anfragen, von denen exemplarisch genannt werden sollen:

- Eine Anfrage eines Familienforschers aus Ulm, der erfahren hatte, daß sein Vater im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter bei der Geheimen Staatspolizei in Kiel gewesen war.
- eine Anfrage einer Historikerin aus der DDR nach einem kommunistischen Widerstandskämpfer aus Flensburg,
- die Bitte eines Forschers aus Rheinland-Pfalz, der sich mit der Verfolgung der Zeugen Jehovas im "Dritten Reich" befaßt, Literatur zu diesen Ereignissen in Schleswig-Holstein zu nennen.

- die Anfrage einer amerikanischen Journalistin nach der Existenz von jüdischen Friedhöfen in Schleswig-Holstein.

In all (und nicht nur) diesen Fällen konnten weiterbringende Auskünfte erteilt und/oder AKENS-Mitglieder als kompetente Ansprechpartner vermittelt werden.

#### Fazit/Ausblick:

Die Institution des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) hat sich während seines fünfjährigen Bestehens ausgezeichnet bewährt. Er konnte wichtige Hilfestellungen leisten und sich - auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus - als kompetenter Ansprech- und Diskussionspartner bewähren. Der AKENS hat ferner nicht unwesentlich dazu beigetragen, den katastrophalen Forschungsstand zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zu verbessern. Der AKENS stellt heute einen wichtigen Vertreter unter den Geschichtsvereinigungen im nördlichsten Bundesland dar.

In den letzten Monaten wurde von führenden sozialdemokratischen Politikern Schleswig-Holsteins (z.B. Lianne Paulina-Mürl, Eva Rühmkorf und Gert Börnsen) immer wieder eindringlich gefordert, die Erforschung der NS-Zeit in Schleswig-Holstein endlich in Gang zu bringen. Dieser Forderung wird der AKENS - der einzige Arbeitskreis seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland - im Rahmen seiner Möglichkeiten seit über fünf Jahren mehr als gerecht. Es bleibt zu hoffen, daß die neue schleswig-holsteinische Landesregierung die Aktivitäten des AKENS in Zukunft entsprechend zu würdigen weiß.

Detlef Korte

#### II. 2. 50 Jahre danach: Seminar zu den Judenpogromen

Vom 11. bis 13. November 1988 veranstalteten das Freundschaftsheim Fresendelf e.V. und der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) in Husum und Fresendelf ein Seminar zu den Judenpogromen des Jahres 1938 und deren Folgen. Auf dem Programm standen eine größere öffentliche Veranstaltung im Husum Hus, Vorträge und Diskussionen im Freundschaftsheim Fresendelf sowie eine Exkursion zur ehemaligen Rendsbürger Synagoge und den jüdischen Stätten in Friedrichstadt. Die Durchführung des Seminars wurde durch finanzielle Zuschüsse der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein sowie der Stiftung Nordfriesland gefördert. Zur Ankündigung hatte der Flensburger Künstler Holger Hattesen ein vieldiskutiertes Plakat entworfen, dessen Druck mit einer Spende aus dem Verfügungsfonds des Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer finanziert werden konnte und das weite Verbreitung fand. Besonders die lokale Presse ("Husumer Nachrichten", "Flensburg Avis"), aber auch überregionale Zeitungen im Lande Schleswig-Holstein hatten zur Ankündigung des Seminars beigetragen. Darüber hinaus wurden 2.000 Handzettel im Lande verbreitet.

Seminarauftakt: Die Veranstaltung im Husum Hus

Im nahezu vollbesetzten Saal des Husum Hus konnte der 1. Vorsitzende des Vereins Freundschaftsheim Fresendelf e.V. und Seminarleiter Jens Peter Jensen am Abend des 11.11.1988 über 300 interessierte Besucher begrüßen, die trotz dichten Nebels auch aus den umliegenden Städten und Dörfern gekommen waren. Die öffentliche Veranstaltung wurde vom Nordfriisk Instituut mitgetragen und bildete ebenfalls den Auftakt zum ersten interfriesischen Historikertreffen. So befanden sich unter den Anwesenden auch rund 50 Teilnehmer dieses Treffens, die unter anderem aus West- und Ostfriesland angereist waren. Daneben waren viele Angehörige der dänischen Minderheit sowie Gäste aus Dänemark ins Husum Hus gekommen. Dagegen waren Repräsentanten der politischen Parteien und des öffentlichen Lebens nur spärlich vertreten. Kein Bundestagsabgeordneter aus Nordfriesland hatte den Weg ins Husum Hus gefunden, als einziger Landtagsabgeordneter war Karl Otto Meyer (SSW) anwesend, von den Mitgliedern des nordfriesischen Kreistages erschienen lediglich einzelne Abgeordnete der SPD und des SSW, und aus den Reihen der Husumer Stadtverordneten kam lediglich eine Vertreterin der "Grünen". Der nordfriesische Landrat hatte sich entschuldigen lassen, während der Husumer Bürgermeister ebenso fehlte wie Repräsentanten der christlichen Kirchen. Insbesondere die nordfriesische CDU, die schon gegen die Bezuschussung des Seminars im Beirat der Stiftung Nordfriesland Stellung genommen hatte, lehnte es offenbar demonstrativ ab, sich einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte überhaupt zu stellen.

In einer kurzen Eröffnungsansprache ging Jens Peter Jensen auf die jahrzehntelang unterbliebene Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein ein. Dadurch sei auch die Erinnerung an das einstige jüdische Leben im Lande erst wirklich ausgelöscht worden. Einen Einschnitt markierte dann die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre, erklärte Jensen, die zu ersten kritischen Fragen auch nach der eigenen Geschichte in Elternhäusern, Schulen und Universitäten geführt habe. Seither sei die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus virulent geblieben, stehe aber gerade in Schleswig-Holstein in vieler Beziehung immer noch am Anfang.

Anschließend sprach Dr. habil. Ole Harck von der Universität Kiel, der als bester Kenner der Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein gilt, zum Thema "Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein - ein vergessenes Erbe". Sein etwa 40minütiger Hauptvortrag wurde von der Vorführung aussagekräftiger Lichtbilder begleitet. Ole Harck gab zunächst einen Überblick über die Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein, die er in fünf Perioden einteilte. In der ersten Periode vom ausgehenden 16. Jahrhundert bis etwa zum Jahre 1800 kam es zu ersten größeren Niederlassungen von Juden im Lande, die jedoch noch starken Restriktionen unterworfen waren. Während der zweiten Periode von 1800 bis 1850 öffneten sich die jüdischen Gemeinden und erlebten auf Grund wirtschaftlicher Prosperität eine Blütezeit, die sich unter anderem im Bau zahlreicher Synagogen niederschlug. In der dritten Periode von etwa 1850 bis 1912 wurde die Emanzipation der Juden in Schleswig-Holstein durchgesetzt (Lübeck 1848, Schleswig 1854, Holstein 1863), und die Gemeinden in Kiel und Lübeck wiesen ein erhebliches Wachstum auf, während die Zahl der Gemeindeglieder in den Kleinstädten stark zurückging. Während der vierten Periode von 1912 bis 1933 schlossen sich die bis dahin selbständigen jüdischen Gemeinden im Lande erstmals zusammen, es zogen Ostjuden aus Polen nach Schleswig-Holstein zu, und 1933 lebten 4.731

Bürger mosaischen Glaubens auf dem Gebiet des heutigen nördlichsten Bundeslandes. Die fünfte Periode von 1933 bis 1945 markiert die Vernichtung des schleswig-holsteinischen Judentums unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Heute leben noch 102 Juden, die der Hamburger Gemeinde angehören, in Schleswig-Holstein.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging Ole Harck auf die jüdische Substanz in der heutigen Erinnerung und Überlieferung, jüdische Denkmäler in Schleswig-Holstein und die Wandlungen in den jüdischen Gemeinden vor und nach der Emanzipation ein. Ole Harck erklärte in diesem Zusammenhang, daß den Juden in Schleswig-Holstein schon wegen ihrer vergleichsweise geringen Zahl nicht dieselbe Bedeutung zukam wie in anderen Teilen Deutschlands: "Die Juden Schleswig-Holsteins haben sich weder in der Kunst, noch in der Literatur oder in der Musik hervorgetan. Die in Kiel tätigen jüdischen Wissenschaftler bis 1933 kamen von außerhalb ..." Aber: "Im Nahbereich der Kleinstadt und der Gemeinde haben manche Juden großes Ansehen als Wohltäter, Mitglieder der Bürgerschaft, der Feuerwehr und der Sportverbände gehabt, bzw. konnten Ärzte, Rechtsanwälte oder tüchtige Kaufleute und Handwerker Erfolge aufweisen." Und es gab eine Reihe hervorragender jüdischer Kommunalpolitiker, erklärte Ole Harck: "Wilhelm Spiegel aus Kiel, den die Nazis am 12.3.1933 ermordeten, und Fritz Solnitz, Lübeck, der ebenfalls 1933 getötet wurde, gelten bis zum heutigen Tage zu den unvergessenen Vertretern der SPD in beiden Stadtparlamenten." Ole Harck erinnerte auch daran, daß eine Gruppe Kieler Studenten nach dem Mord an Wilhelm Spiegel 1933 selbstgefertigte Flugblätter gegen die Schandtät verbreitete. Als er in diesem Zusammenhang erwähnte, daß zu den Flugblattverteilern 1933 der bis heute an hervorragender Stelle in der friesischen Arbeit aktive Dr. Frederik Paulsen aus Alkersum auf Föhr zählte, regte sich unter den Anwesenden spontaner Beifall.

Detailliert ging Ole Harck auf die letzten jüdischen Denkmäler in Schleswig-Holstein wie Synagogen, Ritualbäder, Schulen, Rabbinate und Friedhöfe sowie sonstige Spuren jüdischen Lebens im Lande ein. Er machte dabei deutlich, daß es bis heute kein einziges, aus Landesmitteln gefördertes Forschungsprojekt zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein gibt. Insbesondere die mündliche Überlieferung, die bisher nicht gesichert wurde, ist durch das hohe Lebensalter der letzten Zeugen akut gefährdet. Aber auch die jüdischen Denkmäler im Lande fallen vielerorts einer schleichenden Vernichtung anheim. Ole Harck schloß seinen Vortrag mit den Worten: "Die Juden nahmen zunächst als mäßig geduldete Fremde, später als privilegierte, aber nicht gleichberechtigte Nachbarn, zuletzt als anerkannte Bürger dieses Landes an der allgemeinen Entwicklung teil. Auf Grund gesellschaftspolitischer und zwischenmenschlicher Fehlentwicklungen wurde dieses, durch die Jahrhunderte entstandene Miteinander in Auschwitz zerstört. Das Signal zum Holocaust gab der vor den Augen der gesamten Nation und der Weltöffentlichkeit inszenierte Pogrom vor 50 Jahren."

Im Anschluß an Dr. habil. Ole Harck sprach der schleswig-holsteinische Justizminister Dr. Klaus Klingner über "Legalisiertes Unrecht - Zur Strafverfolgung der am 9./10. November 1938 in Schleswig-Holstein verübten NS-Verbrechen". Als erster deutscher Justizminister befaßte sich Klaus Klingner in seinem etwa 20minütigen Vortrag substantiiert und kritisch mit der Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Einleitend gab der Minister einen kurzen Überblick über die Geschehnisse in der Nacht vom 9./10. November 1938 - von den zentralen Weisungen zur Inszenierung der Pogrome aus

München. über ihre Umsetzung in Kiel bis hin zu den Ereignissen in den Städten und Dörfern Schleswig-Holsteins. "Fest steht, daß die Nazis im gesamten Land zuschlugen, nicht nur in den großen Städten wie Kiel und Lübeck, sondern auch in Städten wie Flensburg, Rendsburg, Elmshorn, Kappeln und Friedrichstadt und in Dörfern, wie in Satrup-Kirchholz", erklärte Klaus Klingner. Die Justiz stand anschließend vor der Aufgabe, eine Vielzahl schwerer Straftaten aufzuklären und abzuurteilen. Doch dazu kam es nicht. Denn an Stelle der Staatsanwaltschaften wurde die Gestapo mit den Ermittlungen beauftragt. "Und die Justiz hatte kapituliert", fügte Klaus Klingner hinzu. "Das Unrecht war quasi legal geworden, d. h. gedeckt durch den Willen der Staatsführung." Weiter erklärte der Minister: "Die Justiz verkam schrittweise. Erst war ein Gesetz erforderlich, sie von der Wahrung des Rechts abzubringen, dann Weisungen, schließlich eilte Gehorsam voraus."

Anschließend befaßte sich Klaus Klingner auch mit der Verfolgung der Pogrom-Straftaten nach 1945. Wiederum wurde die Mehrzahl der Ermittlungsverfahren eingestellt: "Insgesamt endeten von den etwa 40 Verfahren acht mit Verurteilungen." Wenn es überhaupt zu Hauptverhandlungen kam, überwogen Urteile, "die sich durch eine besondere Milde auszeichneten", erklärte der Minister. Manche seiner Amtsvorgänger hätten sich zudem bei Gnadenurteilen besonders großzügig gezeigt, fügte Klaus Klingner hinzu. Und hinsichtlich eines Einzelfalles führte er aus: "Das Verfahren gegen den Gauleiter und Oberpräsidenten Lohse, der die Befehle aus München nach Kiel gebilligt hatte, wurde allein mit der Begründung eingestellt, er habe sich zur Tatzeit nicht in Kiel, sondern in München aufgehalten. ... Abgesehen von dieser fachlich kaum noch nachzuvollziehenden Ignoranz wurden Fragen der mittelbaren oder Mittäterschaft wegen des erkennbaren Zusammenhangs aller Straftaten weder gestellt noch beantwortet." Weiter stellte der Minister fest: "Wie schließlich die Justiz sich 'entsorgt' hatte, das wurde weitgehend mit einer allgemeinen Amnestie von 1949 zugedeckt. Eine Amnestie mit der Vorgabe, Delikte der Kriegs- und Nachkriegswirren straffrei zu stellen, diente dazu, auch die Pogrom-Straftaten auszunehmen." Abschließend bekannte sich der schleswig-holsteinische Justizminister nachdrücklich - auch unter Hinweis auf die Peinlichkeiten der Jenninger-Rede im Deutschen Bundestag - zu der Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung mit der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Im Anschluß an eine 20minütige Pause trat dann der Mitarbeiter im Gedenkstättenreferat der Berliner Senatskanzlei und Diplom-Politologe Johannes Tüchel im Husum Hus ans Rednerpult. Ihm fiel an diesem Abend die schwierige Aufgabe zu, in einem 20minütigen Beitrag über die "Vernichtung der europäischen Juden - Zur Organisation der 'Endlösung'" zu sprechen. Auch Johannes Tüchel ging zunächst kurz auf die Jenninger-Rede im Bundestag ein und erklärte: "Ein deutscher Parlamentspräsident darf so über den Massenmord an den Juden, der von Deutschen verübt wurde, nicht sprechen." Johannes Tüchel befaßte sich dann mit den einzelnen Phasen der nationalsozialistischen Judenverfolgung, die von der Ausgrenzung über die Entrechtung, Vertreibung und Deportation bis zum Massenmord führte. Der Politologe machte dabei deutlich, daß die nationalsozialistische Politik gegen die Juden immer von den jeweiligen Umständen und Gegebenheiten abhing. Der deutsche Überfall auf Polen machte es erstmals möglich, daß besondere "Einsatzgruppen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD" zu Massakern an Juden übergingen. Die nationalsozialistische Führung

wünschte in den ersten Kriegsjahren vor allem ein "judenfreies" Reichsgebiet, so daß Deportationen deutscher Juden nach Polen begannen. Gleichzeitig schmiedeten die SS und das Auswärtige Amt Pläne, die Juden auf Madagaskar oder im Gebiet von Nisko am San zu "konzentrieren". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.1941 schuf dann eine völlig neue Lage: Der "Weltanschauungskrieg" hatte begonnen. Die NS-Führung "wollte die Vernichtung des 'jüdisch-bolschewistischen Systems' in der Sowjetunion. 'Judentum' und 'Bolschewismus' wurden gleichgesetzt", erklärte Johannes Tüchel.

Schon ab Mai 1941 hatte Reinhard Heydrich vier neue "Einsatzgruppen" zusammengestellt, die der Wehrmacht auf dem Fuße folgten, die Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion zusammentrieben und anschließend ermordeten. Mitte 1941 befand sich das NS-Regime auf dem Höhepunkt seiner Macht. Johannes Tüchel stellte vor diesem Hintergrund fest: "Während so der Auftrag zum Massenmord an den Juden der Sowjetunion in der Zeit vor dem 22. Juni 1941, genauer in das Frühjahr 1941 gelegt werden muß, so ist die Entscheidung Hitlers für den Mord an allen Juden im deutschen Einflußbereich in diesen von der Siegeszuversicht geprägten Monaten Juli und August 1941 gefallen." Heinrich Himmler wurde bald darauf klar, daß die Massaker der "Einsatzgruppen" allein nicht ausreichen würden, um das europäische Judentum auszulöschen. - "Himmler nutzte jetzt alles, was ihm zur Verfügung stand", erklärte Johannes Tüchel. Im Osten kamen Gaswagen zum Einsatz. Jene Truppe, die seit Anfang 1940 im Zuge der sogenannten "Euthanasie"-Aktion Behinderte und Kranke durch Vergasungen getötet hatte, wurde 1942 bei der "Aktion Reinhard" in Polen eingesetzt und betrieb die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka. Gleichzeitig begann der Ausbau des verkehrsgünstig gelegenen Konzentrationslagers Auschwitz zur zentralen Vernichtungsstätte, wo zwischen 1942 und 1944 allein über eine Million Menschen ermordet wurden. Der Völkermord war längst im Gange, als auf der vielzitierten Wannsee-Konferenz am 20.1.1942 für die reibungslose Mitarbeit der deutschen Bürokratie gesorgt wurde. Johannes Tüchel schloß seine Ausführungen mit den Sätzen: "Diese Morde sind so Teile unserer Geschichte, einer Geschichte, die sich nicht 'bewältigen' läßt, sondern der man sich nur durch genaues Hinschauen annähern kann. Die Beschäftigung mit ihr gibt uns nur ein wenig Hoffnung, einmal begangenes Unrecht nicht zu wiederholen."

Im Anschluß an den Vortrag von Johannes Tüchel stand Jens Peter Jensen bereits im Begriff, die Versammlung aufzulösen, als der jüdische Historiker Raymond Wolff, M.A., auf Grund der schwierigen Verkehrsverhältnisse doch noch verspätet aus Berlin eintraf. Sein Redebeitrag zum Thema "50 Jahre danach - Gedanken eines Juden in Deutschland" hatte eigentlich am Anfang der Veranstaltung stehen sollen, setzte nun aber einen besonders nachdrücklichen Schlußakzent. Raymond Wolff ging zunächst ebenfalls auf den Eklat im Bundestag um die Rede seines Präsidenten ein und erklärte, daß die ganze Aufregung nur dann einen Sinn mache, wenn nun wirklich eine Auseinandersetzung mit den Inhalten der Rede Jennings folge. Anschließend erklärte Raymond Wolff, daß er in diesen Tagen natürlich zuerst an das Schicksal seiner Großeltern und Verwandten vor 50 Jahren in Deutschland denke. Er zitierte aus einem Brief seines Großonkels Julius Hecht vom 4.3.1939, in dem dieser seine Verhaftung am 10. November 1938 in Frankfurt am Main und seine Verschleppung ins KZ Buchenwald in ganz einfachen und fast banalen Wendungen schilderte. Darauf befaßte sich Raymond Wolff mit den Briefen seiner Großeltern, die aus Nackenheim

am Rhein stammten und 1938 in Mainz lebten. In einem Brief des Großvaters vom 20.11.1938 an die in die USA emigrierten Söhne hieß es: "Sicher habt Ihr inzwischen auch unseren Brief vom 11. November erhalten. Und möcht' ich Euch, liebe Kinder, nochmals ans Herz legen, doch für uns zu sorgen, daß wir bald zu Euch kommen können. Und hoffen wir doch ganz bestimmt, daß Henry nochmals für uns die Bürgerschaft gibt, und Ihr, wenn es geht, eine Zusatzbürgerschaft. Und wird die Sache dann schon hoffentlich gelingen." Raymond Wolff fügte hinzu: "Die Sache gelang nicht. Meine Großeltern konnten nicht in die USA auswandern. Jüdische Asylanten waren damals nirgendwo in der Welt wohlgekommen - ebensowenig wie Asylbewerber heute in der Bundesrepublik. Meine Großeltern wurden 1942 nach Polen deportiert und dort ermordet. Ich konnte sie nie kennenlernen."

Im zweiten Teil des Vortrages ging Raymond Wolff auf sein Leben als Jude in Deutschland ein. Er führte aus, daß es für ihn in den Vereinigten Staaten, wo er aufgewachsen war, eine Selbstverständlichkeit bedeutete, Jude zu sein. Das änderte sich, als er 1970, um nicht als amerikanischer Soldat in den Vietnam-Krieg geschickt zu werden, in die Bundesrepublik kam und die deutsche Staatsbürgerschaft annahm. "Was ich in Amerika für selbstverständlich hielt, war in Deutschland alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Wenn andere Deutsche erfuhren, daß ich Jude bin - und ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht -, war ihr Verhalten meist alles andere als normal. Ich wurde wie mit Glacéhandschuhen angefaßt", erklärte Raymond Wolff, der heute als wissenschaftlicher Leiter der Ausstellung "Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln" im dortigen Heimatmuseum beschäftigt ist. Raymond Wolff beklagte die doppelbödige Moral mancher Politiker und nannte in diesem Zusammenhang den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Dankwart Buwitt. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Berliner Lotto-Beirats hatte Buwitt alle Anträge zur Förderung jüdischer Forschungsvorhaben abgelehnt, die Gelder stattdessen für den Ausbau eines Tennis-Stadions zum Zwecke von Fernsehübertragungen verwendet und anschließend zu einem Schweigemarsch aus Anlaß der Judenpogrome aufgerufen. "Herr Buwitt schämt sich offensichtlich nicht", erklärte Raymond Wolff. Er ging aber auch auf die Situation in Schleswig-Holstein ein, wo es bekanntlich überhaupt keine Forschungsprojekte zur jüdischen Geschichte gibt und im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern auch keine Institutionen zur Erforschung und Vermittlung der Ereignisse unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unterhalten werden. "Was ... geschieht hier im äußersten Norden Deutschlands, wo es knapp vor 60 Jahren die meisten NSDAP-Wähler und - wie böse Zungen sagen - nach 1950 die meisten ehemaligen Nazis in Justiz und Verwaltung gab?", fragte Raymond Wolff.

Abschließend berichtete der jüdische Historiker von dem Vorhaben, die rund 180 Briefe, die seine Großeltern zwischen 1938 und 1941 an ihre Söhne in den USA geschrieben hatten, zu edieren. In diesem Zusammenhang wollte er auch Akten aus der NS-Zeit im Landesarchiv Speyer auswerten, die seine Großeltern sowie ihre Freunde und Bekannten betreffen. Die Auswertung dieser Akten wurde ihm jedoch unter Hinweis auf vorgeschobene "Datenschutz"-Gründe praktisch unmöglich gemacht. Das Mainzer Kultusministerium hielt es nicht einmal für nötig, den Widerspruch Raymond Wolffs gegen die Sperrung der Akten zu bescheiden, obwohl es gesetzlich dazu verpflichtet war. Am 9. September 1988 mußte Raymond Wolff Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz beim Verwaltungsgericht Koblenz erheben. Die Akten aber konnte er bis heute noch nicht

einsehen. "Nichts hat mich im 50. Jahr nach den Judenpogromen in Deutschland so sehr belastet wie die doppelbödige Moral mancher Politiker und das Verhalten einiger Archivare", erklärte Raymond Wolff am Schluß seines Vortrages.

### Seminar in Fresendelf

Am Vormittag des 12.11.1988 wurde das Seminar dann im Freundschaftsheim Fresendelf fortgesetzt. Zu den angemeldeten Seminar-Teilnehmern zählten einige Lehrer aus Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Städtischen Museums Schleswig, zwei kleinere Schülergruppen aus Leck und Marne, zwei Kieler Studentinnen, kirchliche Mitarbeiter aus Hamburg und von der Insel Sylt, ein Mitarbeiter der dänischen Volkshochschule Rønshoved und ein Geschäftsmann aus Flensburg, der der dänischen Minderheit angehört. Zu den Vorträgen und Diskussionen im Freundschaftsheim Fresendelf kamen darüber hinaus regelmäßig eine Reihe von Tagesgästen aus Nordfriesland. So nahm am Vormittag des 12.11.1988 eine 10. Klasse der Realschule-Süd aus Husum mit 25 Personen an dem Seminar teil.

Raymond Wolff setzte an diesem Vormittag seinen Vortrag vom Vorabend fort und sprach zum Thema "Erfahrungen eines Juden in Deutschland". Einführend verlas Raymond Wolff einen zweiten Brief seines Großonkels Julius Hecht vom März 1939, in dem dieser seine Ankunft im KZ Buchenwald und die dortigen Geschehnisse vom November 1938 bis Januar 1939 schilderte. In seiner einfachen, aber ausdrucksstarken Sprache beschrieb Julius Hecht die besonderen Schikanen und Quälereien, denen die im Zuge der Novemberpogrome verhafteten Juden in den Konzentrationslagern ausgeliefert waren. Dabei nahm das lange Sterben von Artur Wolff, einem Großonkel des Vortragenden, besonderen Raum in dem Brief von Julius Hecht ein. Anschließend erteilte Raymond Wolff dem Vorsitzenden der "Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS)" in Schleswig-Holstein, Herbert Goßmann, das Wort. Der gebürtige Leipziger war 1938 als sozialdemokratischer Widerstandskämpfer im KZ Buchenwald inhaftiert und am Aufbau jener halbfertigen Baracken beteiligt, in die die bei den Novemberpogromen verhafteten Juden eingeliefert wurden. Eindrucksvoll schilderte Herbert Goßmann die besonderen Leiden der Juden im Lager aus der Sicht eines zu dieser Zeit "privilegierten" politischen Häftlings. Von den rund 10.000 Juden, die im November 1938 nach Buchenwald kamen, waren auf Grund der Mißhandlungen durch die SS-Mannschaften innerhalb weniger Wochen mehrere Hundert umgekommen. Herbert Goßmann selbst wurde wiederholt beim Abtransport der zu Tode geprügelten und gequälten Juden eingesetzt. In der anschließenden Diskussion machte Johannes Tuchel darauf aufmerksam, daß die halbfertigen Baracken im KZ Buchenwald nicht für die im November 1938 eingelieferten Juden errichtet worden waren, sondern im Zuge des allgemeinen Auf- und Ausbaus der Konzentrationslager. Die SS habe die z.T. noch fensterlosen Bracken dann aber den eingelieferten Juden zugeteilt, um sie besonders zu schikanieren. Bei den politischen Häftlingen in Buchenwald sei natürlich der Eindruck entstanden, daß die halbfertigen Baracken speziell für die Juden errichtet worden waren, erklärte Johannes Tuchel. Er bezeichnete Herbert Goßmann im übrigen als einen der zuverlässigsten Zeitzeugen zur Geschichte des KZ Buchenwald und verwies auch auf die Dokumentation zur Person Herbert Goßmanns in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. In der weiteren Diskussion wurde allerdings deutlich, daß der Widerstand des Sozialdemokraten Herbert Goßmann gegen das NS-Regime in Schleswig-Holstein bis

heute keine Anerkennung gefunden hat.

Nach einer Pause setzte dann Raymond Wolff seine Ausführungen fort. Der 1946 in den USA geborene Historiker berichtete über die eigene Kindheit und Jugend in Amerika - und von seinen Eltern, die aus Deutschland emigriert waren und den Verlust ihrer Heimat nie verwinden konnten. "Jeden Urlaub mußten wir in einem kleinen Kurort nördlich von New York verbringen", berichtete Raymond Wolff. "Dort hielten sich praktisch nur deutschen Juden auf, die immer darauf warteten, einem alten Bekannten aus ihrer deutschen Heimat zu begegnen oder etwas neues von dort zu erfahren." An dem Wochentag, zu dem der deutschsprachige jüdische "Aufbau" erschien, herrschte im Haus der Familie Wolff in den USA stets eine besondere Atmosphäre. Der erste Besuch mit seiner aus Deutschland entkommenen Großmutter in ihrer rheinischen Heimat steht Raymond Wolff noch heute vor Augen. "Plötzlich band meine Großmutter eine Schürze um und begann die Hühner auf dem Hof zu füttern - ganz sowie sie es noch kurz vor ihrer Flucht aus Deutschland getan hatte", berichtete Raymond Wolff, "und mir wurde klar, daß sie alle die Jahre in Amerika im Exil gewesen und nur hier in Deutschland wirklich zu Hause war." Seit Raymond Wolff 1970 nach Deutschland zurückkehrte, um dem Vietnam-Krieg zu entgehen, gilt er in seiner Familie als "böse", da er zum "Volk der Mörder" zurückgekehrt ist und unter nicht-jüdischen Deutschen lebt und mit ihnen zusammen arbeitet. "Nachdem schon in der zweiten Generation das Leben meiner Eltern durch die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen deformiert wurde, wirken die Geschehnisse jetzt auch auf mich in der dritten Generation zurück", erklärte Raymond Wolff. Abschließend berichtete er von seinem Vorhaben, die ehemalige Synagoge in Staudernheim am Rhein, an deren Einweihung der Großvater noch als Fünfzehnjähriger teilgenommen hatte, in ein jüdisches Museum zu verwandeln. Das kleine Gebäude befindet sich heute in Privatbesitz und wird als Garage benutzt. Raymond Wolffs jahrzehntelange Bemühungen, für eine Sicherung der ehemaligen Synagoge zu sorgen, sind bei Behörden und Politikern überwiegend auf Ablehnung gestoßen und bis heute ist nichts geschehen. Der jüdische Historiker schloß seine Ausführungen mit der Frage, was wohl christliche Deutsche dazu sagen würden, wenn ihre Gotteshäuser als Garagen genutzt werden würden. "Ginge nicht ein Aufschrei durch das Volk, wenn etwa vor dem Altar des Kölner Doms künftig LKW's parkten?"

#### Exkursion nach Rendsburg und Friedrichstadt

Nach dem Mittagessen im Freundschaftsheim Fresendelf stand am Nachmittag des 12.11.1988 eine Exkursion zur ehemaligen Synagoge in Rendsburg und den jüdischen Stätten in Friedrichstadt auf dem Programm. In Rendsburg erwartete Dr. habil Ole Harck die knapp 30 Teilnehmer der Exkursion auf dem Paradeplatz, um die dortige Führung zu übernehmen. Er gab zunächst einen kurzen historischen und architektonischen Überblick über das Rendsburger Neuwerk. Im Betsaal der ehemaligen Synagoge referierte Ole Harck dann über die Geschichte des Gebäudes, das nach der Verwüstung seiner Inneneinrichtung in der Nacht vom 9./10. November 1938 zu einem Spottpreis von der jüdischen Gemeinde verkauft werden mußte und bis in die 70er Jahre als Fischräucherei mißbraucht wurde. 1971 hatte Ole Harck die ehemalige Synagoge wiederentdeckt, die nach der Sanierungs-Planung zunächst abgerissen werden sollte, nach über zehnjährigen Auseinandersetzungen dann aber doch restauriert wurde. Ole Harck berichtete von seinen deprimierenden Erfahrungen im Umgang mit schleswig-holsteinischen Politikern und Behörden.

Allein der Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer (SSW) und die dänischen Medien hatten das Vorhaben, in der ehemaligen Synagoge ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein einzurichten, konsequent unterstützt. "Mitte der 80er Jahre wachte dann auch die schleswig-holsteinische SPD auf", erklärte Ole Harck, "und unterstützte entsprechende Planungen". Mit Rückendeckung der Kieler Kultusbürokratie gelang es jedoch dem Landesmuseumsdirektor Spielmann, das ganze Projekt an sich zu reißen und seinen Plan, nämlich ein Kunstmuseum zu errichten, tatsächlich durchzusetzen. Auch die seit Mai 1988 amtierende sozialdemokratische Landesregierung habe einen detaillierten und weitgehend kostenneutralen Vorschlag, vor allem die Geschichte der schleswig-holsteinischen Juden in der ehemaligen Synagoge zu dokumentieren, ohne Rücksprache abgelehnt, erklärte Ole Harck. Einige anwesende Sozialdemokraten meinten dazu, daß diese Entscheidung der Landesregierung im Gegensatz zu der seit Jahren im Landtag vertretenen Politik der SPD-Fraktion stehe und nicht hingenommen werden dürfe. "Das gibt Ärger", fügten sie hinzu.

Anschließend führte Ole Harck die Seminarteilnehmer durch das Gebäude. Schon im Betsaal waren die wie Wäscheleinen durch den Raum gespannten Stromkabel mit "postmodernen" Niedrigwatt-Strahlern vor dem ehemaligen Thora-Schrank und die Kronleuchter aufgefallen, die sich keiner Stilepoche zuordnen lassen und "einfach scheußlich" sind, wie eine Seminarteilnehmerin meinte. Fragen nach der "Lieblosigkeit" der gesamten Gebäude-Sanierung wurden laut. Auf der ehemaligen Frauen-Empore der Synagoge präsentierte Ole Harck die vollständige Judaica-Sammlung des Landes Schleswig-Holstein, die mit sechs oder sieben Stücken unter einer Glasvitrine Platz findet, wobei sogar noch die Erläuterungsschilder falsch zugeordnet wurden. In einer Ecke der Empore stand ein mit Bier- und Limonadenresten verklebter Tisch samt "postmodernen" Sitzmöbeln. Auf der Frauen-Empore rief zudem die Installation eines dänischen Boller-Ofens ebenso Kopfschütteln hervor wie ein weiterer stilistisch undefinierbarer Leuchter, der auch nicht zu denjenigen im Betsaal paßt. Ole Harck mußte jede Verantwortung für den Zustand und die Restaurierung des Gebäudes ablehnen, da der Landesmuseumsdirektor Spielmann nunmehr den gesamten Bau "betreut". In einem Brief hatte sich Spielmann jede Einmischung verbeten und Ole Harck als reine "Privatperson" in allen mit der Synagoge zusammenhängenden Fragen bezeichnet. Abschließend führte Ole Harck die Seminarteilnehmer durch die von ihm errichtete "Julius-Magnus-Ausstellung" zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein im ehemaligen Ritual-Bad, der Mikwe, die sich im Keller der Synagoge befindet. Mehr als zehn Personen konnten die auf weniger als 35 Quadratmetern untergebrachte Ausstellung allerdings nicht gleichzeitig betrachten. Der von Ole Harck geleisteten Arbeit und der geschickten Präsentation wurde dennoch hohe Anerkennung gezollt. Auf erneute Nachfrage erklärte Ole Harck, daß eine umfassendere und großzügigere Dokumentation zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein sofort erstellt werden könne, der Landesmuseumsdirektor und die hinter ihm stehende Landesregierung dies jedoch verhindert hätten.

Unterdessen besuchten einige Seminarteilnehmer auch das im Nachbargebäude, der ehemaligen jüdischen Schule, eingerichtete sogenannte "jüdische Museum" des Landes Schleswig-Holstein und kehrten voller Entsetzen zurück. Fragen wurden laut, ob es angehen könne, jüdische und nichtjüdische Kunst nach rassistischen Kriterien voneinander zu trennen. "Max Liebermann hat sich stets als

Deutscher verstanden", erklärte ein Teilnehmer, "warum wird sein Werk nun hier - wie zur Zeit der Nazis - ausgesondert und nicht auf Schloß Gottorf oder in der Kieler Kunsthalle präsentiert?" Und mit Bitterkeit fügte eine Seminarteilnehmerin die Frage hinzu, ob das Land Schleswig-Holstein nun auch Museen zur Aussonderung von homosexuellen Künstlern und Zigeunern plane. Bemängelt wurden darüber hinaus fehlende Erklärungen zur Entstehungsgeschichte der Kunstwerke in den Ausstellungsräumen und die an einem solchen Ort "unerträgliche" Video-Überwachung. Beim Verlassen der Synagoge machte ein Seminarteilnehmer auf die an der Außenfront befestigte Plakette "Europa nostra" für "gelungene" Gebäude-Sanierung aufmerksam, die die Unterzeile "gesponsert von American Express" trägt. Raymond Wolff meinte, diese Plakette sage eigentlich alles über den Umgang mit der Rendsburger Synagoge. Er bat Ole Harck, einen Beitrag über die Vorgänge in Rendsburg für ein Buch über die Mißachtung jüdischer Denkmäler in Deutschland zu verfassen. Die Seminarteilnehmer waren sich einig, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung bei der Neugestaltung der Rendsburger Synagoge eine große Chance für den verantwortungsvollen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit vertan habe. Statt die Aussonderung jüdischer Kunst zu betreiben, müsse die Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein erforscht und dokumentiert werden.

In Friedrichstadt erwartete Stadtarchivar Karl Michelson die Seminarteilnehmer bereits am jüdischen Friedhof an der Schleswiger Chaussee, um die Führung zu übernehmen. Nach einem Gang über den jüdischen Friedhof wies Karl Michelson auf ein Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges hin, das auch die Namen von vier Friedrichstädter Juden trägt und selbst unter der NS-Herrschaft unangetastet blieb. Am Remonstrantenhaus erläuterte der Stadtarchivar, daß die stark geschrumpfte jüdische Gemeinde in diesem Gebäude noch Ende der zwanziger Jahre ein Ritualbad errichten durfte, das bis heute erhalten ist. Es sei ein ziemlich einmaliger Vorgang gewesen, daß die Mikwe in einem christlichen Versammlungshaus eingerichtet werden konnte, erklärte Karl Michelson, und versinnbildlichte das tolerante Zusammenleben von Juden und Christen in Friedrichstadt vor der nationalsozialistischen "Machtergreifung". Anschließend war es möglich, die von der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte und dem Stadtarchiv zusammengestellte Ausstellung über "Juden in Friedrichstadt" im Rathaussaal zu besichtigen. Die Seminarteilnehmer waren des Lobes voll über die ebenso detaillierte wie aussagestarke Präsentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde und einzelner jüdischer Familien. Raymond Wolff meinte, es sei fast einmalig, was hier mit Liebe und Sorgfalt zusammengetragen wurde. Friedrichstadt stelle sich seiner Geschichte und versuche dabei auch nicht, die Zeit des Nationalsozialismus "auszublenden". Es wurde angeregt, die vorzügliche Ausstellung ebenfalls an anderen Orten zu zeigen. Ein Seminarteilnehmer erklärte, es sei für die politische Kultur im Lande Schleswig-Holstein nicht untypisch, daß um das sogenannte "jüdische Museum" in Rendsburg, für das Millionen "verpulvert" wurden, ein großer Medienrummel gemacht werde, während in Friedrichstadt mit einfachen Mitteln und in aller Bescheidenheit ein wirklicher Beitrag zur Erinnerung an eine ausgelöschte Kultur geleistet werde, den man in Kiel wieder einmal kaum zur Kenntnis nehme.

Anschließend führte Karl Michelson die Seminarteilnehmer zur ehemaligen Friedrichstädter Synagoge an der Ecke Am Binnenhafen/Westermarkstraße. Es wurde auf die baulichen Veränderungen und

die ursprüngliche Inneneinrichtung des Gebäudes hingewiesen. Karl Michelson berichtete, daß es der erklärte Wille aller Parteien in Friedrichstadt sei, in der ehemaligen Synagoge zu gegebener Zeit ein jüdisches Museum einzurichten. Die gegenwärtige Besitzerin weigere sich allerdings noch, in Verkaufsverhandlungen einzutreten. Am alten jüdischen Friedhof erläuterte Karl Michelson Pläne zur Umgestaltung der Anlage, deren noch erhaltene Grabplatten nach 1945 "wie eine Wagenburg" aufgestellt worden waren. Anschließend lud der Stadtarchivar die Teilnehmer zu Kaffee und Kuchen in der Altenbegegnungsstätte ein. Nachdem der Landesmuseumsdirektor Spielmann durch einen unfreundlichen Mitarbeiter in der Rendsburger Synagoge noch eigens Eintrittsgelder von den seit Monaten angemeldeten Seminarteilnehmern hatte erheben lassen, ohne einen Gruppentarif zu gewähren, wurde die Einladung in Friedrichstadt mit Dank angenommen. Auf Nachfrage erläuterte Karl Michelson in der Altenbegegnungsstätte, wie es zu der umfassenden Sicherung von Spuren jüdischen Lebens in der Treene Stadt gekommen war. Als er nämlich vor über 20 Jahren nebenamtlicher Stadtarchivar wurde, gab es praktisch kein Stadtarchiv. Zwar ließ sich die Geschichte der anderen Religionsgemeinschaften am Ort fast bis zur Gründung der Stadt im Jahr 1621 zurückverfolgen, aber über die jüdische Gemeinde existierten angeblich keine Unterlagen. Das habe ihn mit der Zeit so geärgert, daß er damit begann, "alles noch einmal umzudrehen" und Ersatzdokumentationen mit Unterlagen aus Steuerlisten, Zeitungen, Wählerverzeichnissen sowie anderen Archiven anzulegen. Heute wisse man über die ehemalige jüdische Gemeinde mehr als über alle anderen Religionsgemeinschaften der Stadt, erklärte Karl Michelson. Es läßt sich sogar die Geschichte nahezu sämtlicher jüdischer Familien bis in Einzelheiten rekonstruieren. Kürzlich sei etwa eine Nachfahrin einer Friedrichstädter jüdischen Familie zu Besuch gewesen, die davon berichtete, daß ihre Freundinnen immer mit der Familiengeschichte prahlten, während sie selbst nur sehr wenig von ihren Vorfahren wüßte. Das Stadtarchiv hat ihr darauf eine Kopie der Akte über ihre Familie überlassen, berichtete Karl Michelson, und die Frau sei überglücklich gewesen. "Nun habe ich endlich auch eine Geschichte", hatte sie freudestrahlend erklärt.

In der Altenbegegnungsstätte waren einige Akten über die jüdischen Familien bereitgestellt worden, die von den Seminarteilnehmern durchgesehen werden konnten. Karl Michelson meinte unter Anspielung auf das Landesarchiv Schleswig-Holstein, daß man anderwärts in solche Akten sicher keinen Einblick nehmen dürfe. Auch im Friedrichstädter Stadtarchiv würden der Personen- und Datenschutz beachtet - aber mit Augenmaß, ohne bürokratische Verfahren und unter dem Primat der Forschung. Klaus Bästlein begrüßte diese Haltung nachdrücklich. Der Staatssekretär im Kieler Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur habe kürzlich in einem Einzelfall ähnlich entschieden. "Das Landesarchiv Schleswig-Holstein setzt seine restriktive Praxis zur Behinderung der zeitgeschichtlichen Forschung jedoch weiter fort", erklärte Klaus Bästlein. Erst vor wenigen Wochen wurde einem Forscher die Auswertung von Justizakten zu den Novemberpogromen verwehrt. Er sei gespannt, wie lange sich die politische Spitze des Kieler Ministeriums noch vom Landesarchiv "auf der Nase herumtanzen" lasse, meinte Klaus Bästlein. Bei der Einsichtnahme in die Akten über die jüdischen Familien wurde der Arbeit des Friedrichstädter Archivs erneut hohes Lob gezollt. Johannes Tuchel meinte, daß jede der Friedrichstädter Akten mit mehr Liebe und Sorgfalt entstanden und von größerem historischen Wert sei als alle die in der Rendsburger Synagoge und dem sogenannten

"jüdischen Museum" vergeudeteten Millionen.

### Vorträge und Diskussionen in Fresendelf

Am Vormittag des 13.11.1988 wurde das Seminar dann wiederum im Freundschaftsheim Fresendelf fortgesetzt. Dabei war die Zahl der Anwesenden nun auf rund 20 Personen reduziert, da einige Seminar-teilnehmer hatten abreisen müssen und am Sonntagvormittag auch nur wenige Tagesgäste erschienen waren. Zunächst sprach Johannes Tuchel zum Thema "Dimension des Verbrechens - Zur Genesis der 'Endlösung' und ihrer bürokratischen Umsetzung". Er konnte dabei an seinen Vortrag von der Abendveranstaltung am 11.11.1988 anknüpfen. Tuchel erklärte, daß die Ausgrenzung, Entrechtung und Vertreibung der Juden schon bis 1939 weitgehend abgeschlossen waren. Bereits zu dieser Zeit hatten Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich auch die entscheidenden Kompetenzen in der Judenverfolgung übernommen. Der deutsche Überfall auf Polen ermöglichte dann erste Mordaktionen und Deportationen. Doch erst der Überfall auf die Sowjetunion, der sogenannte "Weltanschauungskrieg", eröffnete neue Dimensionen des Verbrechens. Am 31.7.1941 unterzeichnete Göring ein von Heydrich vorgefertigtes Schreiben, mit dem er den "Chef der Sicherheitspolizei und des SD", nämlich Heydrich, beauftragte, "alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa". Johannes Tuchel setzte sich quellenkritisch mit diesem Schreiben auseinander, warf die Frage auf, in welcher Eigenschaft Göring hier agierte und wies auf die verschleierte Sprache hin, mit der die Nationalsozialisten ihre in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Verbrechen tarnten. Eine Fotokopie des von Göring unterzeichneten Schreibens und weitere Dokumente wurden unter den Seminarteilnehmern herumgereicht. Anschließend wies Johannes Tuchel auf die bürokratischen Prozesse bei der Durchführung des Völkermords an den europäischen Juden hin: Die Beteiligung nahezu sämtlicher Zentralinstanzen, nämlich der Ministerien für Inneres, Wirtschaft, Justiz und Auswärtiges sowie der deutschen Besatzungsbehörden überall in Europa, die Bedeutung der Mittelinstanzen, der Reichsbahndirektion, usw. und die Aktionen vor Ort. "Heydrich benötigte den von Göring erteilten Auftrag nur selten", erklärte Johannes Tuchel abschließend. "meist eilte auch beim Massenmord der Gehorsam der deutschen Behörden und Dienststellen voraus."

Nach einer kurzen Diskussion sprach dann Klaus Bästlein über "Das 'Reichskommissariat Ostland' unter schleswig-holsteinischer Verwaltung und die Vernichtung der europäischen Juden". Er befaßte sich zunächst mit der Ernennung des schleswig-holsteinischen Gauleiters Hinrich Lohse, der bei Hitler in hohem Kurs stand, zum "Reichskommissar für das Ostland", welches die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen sowie Weißrußland umfaßte. Zur Verwaltung seines "Reichskommissariats" zog Hinrich Lohse überwiegend schleswig-holsteinische NSDAP-Kreisleiter, Bauernführer und Landräte heran. Exemplarisch wurden dabei die Lebensläufe des Husumer Kreisleiters Hermann Hansen (Gebietskommissar in Wolmar) und des Dithmarscher Bauernführers Martin Matthiessen (Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft des "Reichskommissariats", später Stellvertreter Lohses im "Ostland") beleuchtet. Im Zuge der Vernichtung der europäischen Juden fiel der schleswig-holsteinischen Zivilverwaltung im "Ostland" vor allem die Aufgabe zu, für die Ghettoisierung und wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die Organisation der Massaker durch die "Einsatzgruppen des Chefs

der Sicherheitspolizei und des SD" zu sorgen. Hinrich Lohse hatte schon in einer Rede vor seinen Mitarbeitern am 27.7.1941 erklärt, daß es um die "endgültige Lösung der Judenfrage im Gebiet des Reichskommissariats Ostland" gehe. Mit der Vernichtung der Juden sollte gleichzeitig "Platz" geschaffen werden für eine künftige schleswig-holsteinische Siedlungsstätigkeit im "Ostland". So hatte Hinrich Lohse in einer Grußbotschaft an die schleswig-holsteinischen HJ-Führer Mitte 1942 erklärt: "Auf allen Kommandostellen des Ostlandes ... stehen nationalsozialistische Kämpfer, die Euch, meine jungen Kameraden, den Boden bereiten helfen, der Eurer Zukunft überantwortet sein wird. Unsere Ostsee ist wider zu einem deutschen Binnenmeer geworden, und die Brücke zwischen Heimatgau und Ostland wird später einmal enger denn je geschlagen werden können. Wir Nordmärker haben Wikingerblut in unseren Adern und wollen uns des Geistes unserer Vorfahren würdig erweisen." Klaus Bästlein machte anschließend darauf aufmerksam, daß die Geschehnisse im "Reichskommissariat Ostland", wo allein knapp eine Million Juden ermordet wurden, bis heute kaum erforscht sind. An der Universität Kiel gibt es bekanntlich keine Forschungen zur NS-Zeit, und Professoren wie der "Landeshistoriker" Erich Hoffmann versuchten vielmehr, die Geschehnisse zu verharmlosen. "Wenn die sozialdemokratische Landesregierung es allerdings ernst damit meint, daß künftig auch engere Kontakte zu den Völkern der Sowjetunion geknüpft werden sollen, dann wird man sich auch diesem finstersten Kapitel der Landesgeschichte, nämlich der schleswig-holsteinischen Kolonialherrschaft im 'Ostland', endlich einmal stellen müssen", meinte der Referent abschließend.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Rolle der schleswig-holsteinischen Verwaltungsstäbe im "Ostland" genauer herausgearbeitet. Klaus Bästlein erläuterte, daß die eigentliche Verwaltungstätigkeit in höchstem Maße ineffizient gewesen sei. Trotz gewisser Ressourcen habe das "Ostland" praktisch keinen nennenswerten Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft geleistet. In Berlin begann man schon bald über die "schleswig-holsteinische Verwaltungskunst" Hinrich Lohses mit seinen kleinteiligen Anordnungen und Erlassen zu spotten. "Effektiv war die schleswig-holsteinische Verwaltung im 'Ostland' letztlich nur in einer Hinsicht, nämlich im Zuge der Judenvernichtung," erklärte Klaus Bästlein. Für weitergehende Diskussionen sorgte auch die Frage, was die Bevölkerung in Schleswig-Holstein über die Mordaktionen im "Ostland" gewußt habe. Natürlich sei die Kenntnis nicht allgemein gewesen, meinte Klaus Bästlein, aber durch Soldaten und Angehörige der Zivilverwaltung, die im "Heimatgau" auf Urlaub waren, wurde doch vieles gesprächsweise bekannt. Die Akten des ehemaligen Sondergerichts Kiel, Befragungen der deutschen Polizei im Auftrag der britischen Besatzungsmacht aus den Jahren 1945 bis 1948 und Berichte von Zeitzeugen belegen, daß der Judenmord ab 1942 selbst im entlegenen Schleswig-Holstein kein Geheimnis mehr war. Die Behauptung, daß man von allem nichts gewußt habe, könne er jedenfalls nicht unhinterfragt gelten lassen, erklärte Klaus Bästlein.

### Seminarkritik

Nach dem Mittagessen stand am 13.11.1988 als letzter Punkt eine Seminarkritik auf dem Programm. Dabei wurde auf einige organisatorische Schwächen des Seminars hingewiesen, insbesondere was den zu kurzen Aufenthalt in Rendsburg anlangte. Einige Seminarteilnehmer hätten sich dort gern noch länger mit Ole Harck und der

von ihm gestaiteten Ausstellung zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein auseinandergesetzt. Von Seiten der teilnehmenden Schüler wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Seminar auf einem sehr hohen Niveau bewegt habe, so daß innen ein aktives Eingreifen in die Diskussionen bisweilen nicht mehr möglich gewesen sei. Von deutschen und dänischen Lehrern wurde hervorgehoben, daß sie sehr viel gelernt hätten, was auch in ihren künftigen Unterricht einfließen werde. Besonders hohes Lob zollte der dänische Volkshochschul-Leiter Kristian Kjaer Nielsen aus Rønshoved dem Seminar. Er bot dem Freundschaftsheim Fresendelf auch eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dänischen Volkshochschulen an.

Von verschiedenen Lehrern wurde Kritik daran geübt, daß die vom Grenzfriedensbund herausgegebene Broschüre über "Jüdisches Leben und die Novemberpogrome 1938 in Schleswig-Holstein" an den Schulen des nördlichsten Bundeslandes praktisch unbekannt sei. Es wurde gefragt, warum die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur einen Erlaß über die Behandlung der Judenpogrome im Schulunterricht herausgebe, dann aber keine entsprechenden Lehrmittel zur Verfügung stelle. Klaus Bästlein erklärte dazu, daß verschiedene Repräsentanten des Grenzfriedensbundes die Ministerin, ihre Mitarbeiter, das Institut für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) und die Landeszentrale für politische Bildung seit September über das Erscheinen der Broschüre auf dem Laufenden gehalten hätten. Trotz entsprechender Vorschläge sei die Schrift jedoch nicht an den Schulen verteilt worden. Erst am 2.11.1988 habe sich das IPTS zu einem "lieblosen", vierzeiligen Hinweis auf die Broschüre durchgerungen, der dann am 9.11.1988 (!) vervielfältigt bei den Schulen im Landesteil Schleswig eingegangen sei. Er könne sich angesichts dieses und ähnlicher Vorgänge des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kieler Kultusbürokratie die Vorgaben der Ministerin nach Kräften hintertreibe, erklärte Klaus Bästlein, was sich wohl auch am Beispiel der Rendsburger Synagoge zeige. "Bis zum Beweis des Gegenteils gehe ich aber nicht davon aus, daß die Ministerin die ultrakonservative Politik ihres Amtsvorgängers fortsetzen will", meinte Klaus Bästlein, "und im übrigen gibt es ja auch noch eine gesunde sozialdemokratische Partei in Schleswig-Holstein und eine Landtagsfraktion, die gegebenenfalls für Veränderungen sorgen können."

Schließlich wurde ebenfalls die Frage nach dem Desinteresse der landesweiten Medien und insbesondere des NDR an den Veranstaltungen in Husum und Fresendelf aufgeworfen. Klaus Bästlein berichtete hierzu, daß man sich sowohl beim Kieler Landesfunkhaus, als auch beim Studio Flensburg um eine Berichterstattung durch Rundfunk und Fernsehen bemüht habe. In der Kieler Chefredaktion des NDR sei jedoch entschieden worden, daß über die Veranstaltungen in Nordfriesland - auch durch freie Mitarbeiter - nicht berichtet werden dürfe. Diese Mitteilung löste helle Empörung unter den Seminarteilnehmern aus. Der NDR verkomme immer mehr zu einem Stadtfunk für Kiel, Lübeck und Flensburg, hieß es. Immerhin war die Veranstaltung im Husum Hus die bestbesuchte zu dieser Thematik im ganzen Lande, wurde in der Diskussion bemerkt, der NDR ignoriere das aber ganz einfach. Klaus Bästlein hob dagegen die umfangreiche Berichterstattung durch die lokale Presse mit engagierten Journalisten wie Renate Hopfe (Flensburg Avis) sowie Hans Carstensen und Jörg Fuchs (Husumer Nachrichten) hervor. Für das Verhalten des NDR gäbe es allerdings einen journalistischen Fachausdruck, meinte Klaus Bästlein, nämlich "Nachrichtenunterdrückung".

## Fazit

Der "Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein" (AKENS) und das "Freundschaftsheim Fresendelf e.V." können mit den Veranstaltungen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Judenpogrome in Deutschland zufrieden sein. Wohl nirgendwo in Schleswig-Holstein fand eine so intensive Auseinandersetzung mit den Novemberpogromen statt wie in Nordfriesland. Die Veranstaltung am 11.11.1988 im Husum Hus war die bestbesuchte ihrer Art im ganzen Lande. Der AKENS hat seine inhaltliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der NS-Forschung erneut unter Beweis gestellt. Das Freundschaftsheim Fresendelf konnte seine Funktion als lokale Bildungsstätte mit überregionaler Bedeutung unterstreichen.

Die Hilfe und Unterstützung durch Organisationen und Institutionen im lokalen Bereich waren vorzüglich. Das gilt vor allem für die Presse, das Nordfriisk Instituut, den Grenzfriedensbund, dänische Einrichtungen und eine Reihe von Einzelpersonen.

Dagegen war eine konstruktive Zusammenarbeit mit Institutionen im Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Landesmuseumsdirektor und IPTS) trotz der Förderung durch die Ministerin nicht möglich. Wider den Programmauftrag lehnte die Chefredaktion des NDR in Kiel jede Berichterstattung über die Veranstaltungen in Nordfriesland ab.

Das Verhalten des Landesmuseumsdirektors, des IPTS und der NDR-Chefredaktion sollten zu entsprechenden Konsequenzen Anlaß geben.

Klaus Bästlein

## **I I I . R e z e n s i o n e n**

III. 1. Bruderschaft und 3. Reich. Studie eines Forschungsseminars der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonenanstalt des Rauhen Hauses. 2. Auflage. Hamburg: Eigenverlag 1988. 150 S. 6.- DM plus Porto. Bezugsadresse: Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses, Beim Rauhen Haus 21, 2000 Hamburg 74.

Von der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, erschien 1988 schon in zweiter Auflage eine besonders wichtige Arbeit zur kirchlichen Zeitgeschichte: "Bruderschaft und 3. Reich. Studie eines Forschungsseminars der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonenanstalt des Rauhen Hauses" in Hamburg. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsarbeit von Studierenden und Lehrenden, die selber zu dieser Bruderschaft gehören oder in sie eintreten wollen. Zuneigung, Sympathie zu diesem Hause also war es, die in ihnen den Wunsch weckte, zu wissen, wie das Verhältnis der Bruderschaft zum Nationalsozialismus damals gewesen ist. Sie wollten es nicht gut sein lassen mit dem fragwürdigen Stuttgarter "Schuldbekennntnis" von 1945. Vielmehr wollten sie prüfen, wie weit das Darmstädter "Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland" von 1947 auch auf ihr